

Erläuterungen zur Medienmitteilung «Entscheid Verwaltungsgericht zu Gasgebühren»

St. Gallen, 1. Juli 2026

Worum geht es in diesem Verfahren?	Ausgangspunkt des Verfahrens war eine Beschwerde gegen die Gasgebühren der sgsw. Der Beschwerdeführer vertrat unter anderem die Auffassung, die sgsw hätten während der Energiekrise im Jahr 2022 Gas zu ungünstigen Zeitpunkten beschafft. Dadurch seien unnötig hohe Kosten entstanden, die nicht auf die Kundschaft hätten überwälzt werden dürfen. Sowohl die Verwaltungsrekurskommission als auch das Verwaltungsgericht sind dieser Argumentation nicht gefolgt. Beide Gerichte kamen zum Schluss, dass die Beschaffungsstrategie der sgsw sachgerecht war und die ausserordentlichen Preisentwicklungen auf die damaligen Entwicklungen an den europäischen Energiemärkten zurückzuführen waren. Die Kritik des Verwaltungsgerichts betrifft deshalb nicht die Gasbeschaffung selbst, sondern andere Fragen der Gebührenkalkulation.
Was hat das Verwaltungsgericht entschieden?	Das Verwaltungsgericht hat die Beschaffungsstrategie der sgsw nicht beanstandet. Das Gericht hält jedoch fest, dass einzelne Bestandteile der Gebühren im konkreten Verfahren nicht ausreichend dokumentiert oder nachvollziehbar hergeleitet werden konnten. Es geht dabei insbesondere um: ▪ die Zuordnung bestimmter Kosten auf verschiedene Kundengruppen und ▪ die Herleitung für die Ablieferung an den allgemeinen Haushalt aus dem Gashandel
Was bedeutet Beschaffungsstrategie?	Gas wird vor dem eigentlichen Beginn der Lieferung zu verschiedenen Zeitpunkten eingekauft. Dies nennt sich strukturierte Beschaffung. So können kurzfristige starke Preisschwankungen geglättet werden. Während der Energiekrise im Jahr 2022 stiegen die Gaspreise an den europäischen Handelsplätzen aussergewöhnlich stark und über einen längeren Zeitraum an. Das Verwaltungsgericht bestätigt, dass diese Marktverwerfungen – und nicht Fehler bei der Beschaffung – für die hohen Gaspreise verantwortlich waren.
Was bedeutet Kostendeckungsprinzip?	Öffentliche Gebühren dürfen grundsätzlich nicht höher sein als die Kosten, die für die entsprechende Leistung entstehen.

	Wie dieses Prinzip im Gasbereich konkret anzuwenden ist, ist allerdings rechtlich nicht in allen Punkten geklärt. Anders als im Strombereich bestehen für den Energieteil der Gasversorgung heute keine detaillierten bundesrechtlichen Vorschriften zur Tarifgestaltung oder zur Behandlung von Über- und Unterdeckungen.
Was ist eine Ablieferung an den allgemeinen Haushalt?	Im kommunalen oder städtischen Finanzwesen bezeichnet eine «Ablieferung an den allgemeinen Haushalt» eine Zahlung oder Gewinnabführung eines städtischen Betriebs, einer Anstalt oder eines Spezialfinanzierungsbereichs an den allgemeinen Finanzhaushalt der Gemeinde bzw. Stadt. Das Verwaltungsgericht stellt fest, dass die Stadt nicht darlegen konnte, dass die Ablieferung an den allgemeinen Haushalt keinen rein fiskalischen Zweck verfolgt und diese dadurch mit dem Kostendeckungsprinzip nicht zu vereinbaren ist. Deshalb ist die von ihr erhobene Gebühr um die gesamte Höhe der Ablieferung zu korrigieren.
Was bedeutet Quersubventionierung?	Von einer Quersubventionierung spricht man, wenn eine Kundengruppe Kosten trägt, die eigentlich einer anderen Kundengruppe zuzurechnen wären. Im vorliegenden Verfahren stellte sich die Frage, ob Tarifikundinnen und -kunden möglicherweise Kosten der Vertragskundschaft mitgetragen haben könnten. Das Verwaltungsgericht hat jedoch nicht festgestellt, dass eine solche Quersubventionierung stattgefunden hat. Es hält vielmehr fest, dass sich dies anhand der vorhandenen Unterlagen nicht abschliessend beurteilen liess.
Warum ist die Kostenverteilung zwischen Tarif- und Vertragskundschaft wichtig?	Nicht alle Kundinnen und Kunden beziehen Gas zu denselben Bedingungen. Ein Teil wird über regulierte Tarife beliefert. Andere Kundinnen und Kunden schliessen individuelle Lieferverträge ab. Bestimmte Gemeinkosten müssen deshalb auf die verschiedenen Kundschaftsgruppen verteilt werden. Das Gericht verlangt eine nachvollziehbare Dokumentation, damit geprüft werden kann, ob diese Kosten verursachergerecht zugeordnet wurden.
Was sind Gemeinkosten?	Gemeinkosten sind Kosten, die sich nicht direkt einer einzelnen Kundin oder einem einzelnen Kunden zuordnen lassen. Dazu gehören beispielsweise Verwaltungsaufwand, Informatik, Gebäude oder allgemeine Betriebsaufwendungen. Diese Kosten müssen nach sachgerechten Kriterien auf die verschiedenen Geschäftsbereiche und Kundschaftsgruppen verteilt werden.

Was bedeutet Vorsteuerkürzung?	Erbringen die sgsw Leistungen an die Stadt, die nicht der Mehrwertsteuer unterliegen, können sie einen Teil der bei ihren Einkäufen bezahlten Mehrwertsteuer nicht zurückfordern. Dieser nicht rückforderbare Anteil wird als Vorsteuerkürzung bezeichnet und stellt einen Kostenbestandteil dar. Das Verwaltungsgericht verlangt eine Prüfung, ob solche Kosten in Gebühren eingeflossen sind.
Weshalb erteilt der Stadtrat den Auftrag zu einer externen Prüfung?	Der Stadtrat anerkennt, dass die aufgeworfenen Fragestellungen komplex sind. Da diese zu Rückzahlungen an die Kundschaft führen könnten, ist eine externe Sichtweise notwendig. Die externe Prüfung soll insbesondere untersuchen, ▪ ob die Kosten zwischen den verschiedenen Kundschaftsgruppen sachgerecht verteilt wurden, ▪ ob die Kalkulationssystematik nachvollziehbar ist, ▪ welche Bedeutung die Vorsteuerkürzungen haben und ▪ ob sich daraus Handlungsbedarf ergibt.
Warum zieht die Stadt das Urteil an das Bundesgericht weiter?	Das Urteil wirft grundsätzliche Rechtsfragen auf, die über den konkreten Einzelfall hinaus von Bedeutung sind.